

# Privathochschulen sind populär wie nie

Die privaten Unis und Fachhochschulen in Deutschland boomen - vor allem in den Stadtstaaten, wie der Ländercheck des Stifterverbands zeigt. Allerdings sind sie weit weniger elitär und international als ihr Ruf.

Barbara Gillmann  
Berlin

Staatliche Hochschulen strafen die private Konkurrenz noch immer weitgehend mit Nichtachtung - doch die Newcomer sind dabei, ihre Nische langsam, aber gewaltig auszudehnen. Ihre Zahl hat sich seit der Jahrtausendwende fast verdoppelt, von den knapp 400 Hochschulen in Deutschland sind heute 101 in privater Hand - wenn auch im Schnitt weit kleiner als die staatliche Konkurrenz. Die Studentenzahl steht kurz vor der Fünf-Prozent-Hürde: Von insgesamt 2,1 Millionen Studen-

ten in Deutschland büffeln 108.728 an einer privaten Einrichtung. Die Lage in den einzelnen Bundesländern ist jedoch sehr unterschiedlich: „Besonders dynamisch“ ist die private Hochschullandschaft in der Hauptstadt, berichtet Andrea Frank, Autorin des Länderchecks des Stifterverbands, der dem Handelsblatt vorliegt und der diese Woche veröffentlicht wird. Der langjährige Wissenschaftssenator Jürgen Zöllner (SPD) sei „sehr experimentierfreudig“, er macht Privaten den Einstieg sehr leicht. Im Extremfall führt das auch mal zu einer Schließung: So musste er 2010 die Educon-Hochschule dichtmachen, die Lichtdesigner ausbilden wollte, es aber nicht tat. Generell müssen private Hochschulen nach einer Anlaufphase den Test des Wissenschaftsrats bestehen.

„Auf der Überholspur“ ist auch die Hansestadt Bremen, attestiert der Stifterverband. Stark schneiden daneben Hamburg und Hessen ab (siehe Grafik). Die extrem hohe Zahl der Studenten in Hamburg ist allerdings dadurch verzerrt, dass dort zwei Fernhochschulen mit Studenten aus ganz Deutschland ansässig sind. Das gilt abgeschwächt auch für Nordrhein-Westfalen (NRW).

Weit abgeschlagen sind aus historischen Gründen die Ostländer. Nur Sachsen hat es geschafft, ein nennenswertes Hochschulangebot zu etablieren. Früh gestartet ist Schleswig-Holstein, dann aber zurückgefallen. Ganz schlecht schneidet Bayern ab: Der liberale

Wissenschaftsminister des Freistaats, Wolfgang Heubisch, ist privaten Lehranstalten zwar wohlgesonnen, fördert sie aber nicht.

Andere Minister hingegen erleichtern nicht nur die Gründung, sondern beteiligen Private auch an Förderprogrammen. NRW etwa reicht einen Teil der Hochschulplak-Gelder an Private weiter, die neue Plätze schaffen.

Dabei gilt für Hochschulen wie Schulen in privater Trägerschaft: Die Länder sparen unterm Strich. Nach Rechnung des Berlinsehr leicht. Im Extremfall führt das auch mal zu einer Schließung: So musste er 2010 die Educon-Hochschule dichtmachen, die Lichtdesigner ausbilden wollte, es aber nicht tat. Generell müssen private Hochschulen nach einer Anlaufphase den Test des Wissenschaftsrats bestehen.

Zugleich entkräftet der Stifterverband den Mythos von der privaten Elite-Universität: Die Privaten sind in der Breite keinesfalls so elitär wie ihr Ruf, der vor allem durch einige sehr selektive Managementhochschulen entstanden ist. Insgesamt dominieren praxisorientierte Fachhochschulen. Zwei Drittel der Studenten studieren Wirtschaftswissenschaften. Dazu kommen Gesundheitsberufe wie Heilpädagogien, Hebammen oder psychiatrische Pfleger. Die meisten der flexiblen und praxisnahen Privaten leis-

ten „die politisch gewollte Akademisierung am unteren Rand“, lobt Volker Meyer-Guckel, Vize-Generalsekretär des Stifterverbands. Das gelingt auch, weil sie in großem Maße bieten, was die Staatlichen vielfach ignorieren: berufs begleitende und Teilzeit-Studiengänge.

ten „die politisch gewollte Akademisierung am unteren Rand“, lobt Volker Meyer-Guckel, Vize-Generalsekretär des Stifterverbands. Das gelingt auch, weil sie in großem Maße bieten, was die Staatlichen vielfach ignorieren: berufs begleitende und Teilzeit-Studiengänge.

„Besonders dynamisch ist die Landschaft der privaten Hochschulen in Berlin.“

Andrea Frank  
Stifterverband

Privat studieren  
Anteil der Studierenden an privaten Hochschulen in Prozent aller Studierenden\*

Hamburg	20,56%
Saarland	8,68
Schleswig-Holstein	7,79
Hessen	7,35
Nordrhein-Westfalen	6,74
Berlin	6,69
Bremen	6,36
Durchschnitt	4,90
Baden-Württemberg	3,12
Niedersachsen	3,10
Sachsen	2,89
Bayern	1,67
Thüringen	1,21
Brandenburg	0,65
Meckl.-Vorpommern	0,62
Rheinland-Pfalz	0,57
Sachsen-Anhalt	0,03

\*WS 2010/2011  
Handelsblatt Quelle: Statistisches Bundesamt



Studentin an der Jacobs University Bremen

David Hecker / ddpd

# Briten wollen Konjunktur nicht mit Schulden finanzieren

George Osborne sieht in der Lösung der Euro-Krise „die beste Konjunkturspritze“.

Matthias Thibaut  
London

Der britische Schatzkanzler George Osborne fordert mehr Entschlossenheit bei der Lösung der Euro-Krise. Eine Aufstockung des Rettungsfonds EFSF - „wie immer sie gemacht wird“ -, eine Stärkung der Banken und klare Entscheidungen über Griechenland wären für Großbritannien „die beste Konjunkturspritze, die es gibt“, sagte Osborne am Montag auf dem Parteitag der Konservativen in Manchester. Kritik an seiner Wachstumsstrategie und Forderungen nach defizitfinanzierten Konjunkturmaßnahmen und Steuererleichterungen wies er zurück.

„Unsere Strategie ist die Lösung des Schuldenproblems“, sagte Osborne. Niedrige Zinsen als Anerkennung der Märkte für diese Strategie seien das beste Konjunkturpaket. Allein einen Prozentpunkt höhere Zinsen würden britische Hypothekenschuldner zehn Milliarden Pfund kosten. Bestätigung bekam er durch die Kreditratingagentur Standard & Poor's, die zeitgleich mit der Rede das britische AAA-Rating bekräftigte.

Osborne kündigte gestern auch eine Fülle neuer Hilfen für Unternehmen an. So will er dem Mittelstand Zugang zu den Anleihemärkten verschaffen, um den Kreditfluss an den Banken vorbei zu verbessern. Einschränkungen beim Arbeitsrecht sollen Einstellungen erleichtern.

„Niedrige Steuern können nur permanent sein, wenn der Haushalt in Ordnung ist.“

George Osborne  
Britischer Schatzkanzler

Osbornes Wachstumspolitik steht in der Kritik. Der Wirtschaftsverband „Institute of Directors“ legte einen 15-Punkte-Plan vor, der auch die Abschaffung des Spitzensteuersatzes von 50 Prozent fordert. Bis 2020 müsse die Unternehmenssteuer auf 15 Prozent gesenkt und eine maximale Staatsquote von 35 Prozent verwirklicht sein. Großbritannien müsse seinen Ruf als Land niedriger Steuern wiederherstellen und Unternehmertalente willkommen heißen. Unternehmen seien „verzweifelt“ über die Strategie der

Regierung, sagte Verbandschef Simon Walker. Der einflussreiche Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses im Unterhaus, der Tory-Abgeordnete Andrew Tyrie, hatte gravierende „Lücken“ in Osbornes Wachstumsstrategie kritisiert, statt eines kohärenten Plans gebe es „zu viele widersprüchliche und irrelevante Initiativen“.

„Niedrige Steuern können nur permanent sein, wenn der öffentliche Haushalt in Ordnung ist“, sagte Osborne. Sein „Fiskalkonservatismus“ sei Grundlage eines „monetären Aktivismus“. Offen gab er einer weiteren Lockerung der Geldpolitik („Quantitative Easing“) der Bank von England seinen Segen.

Mit einer bewusst nüchternen Parteitagsgregie will die Tory-Führung in Manchester den rechten Flügel der Partei in Schach zu halten. Forderungen nach einem EU-Referendum vor der Wahl 2015 schmetterte Parteichef David Cameron ab. 74 Prozent der Tories wollen nach einer Umfrage ein Referendum über die EU-Mitgliedschaft Großbritanniens, 60 Prozent würden für den Austritt stimmen.

# Sozialist wird Senatspräsident

Linker Senat kann Sarkozy das Regieren erschweren.

Tino Andresen  
Paris

Gut eine Woche bevor die französischen Sozialisten ihren Kandidaten für die Präsidentschaftswahl im Frühjahr 2012 bestimmen, haben sie bereits das zweithöchste Amt im Staat erobert. Am Samstag ist Jean-Pierre Bel zum ersten sozialistischen Senatspräsidenten der 1958 gegründeten Fünften Republik gewählt worden. Er setzte sich im ersten Wahlgang souverän mit den Stimmen der linken Mehrheit und mindestens zwei aus dem oppositionellen Lager durch.

Verfassungsänderungen zustimmen

Bel löst Gérard Larcher (134 Stimmen) von der UMP ab, der Partei von Staatspräsident Nicolas Sarkozy. Er unterstützt bei der Wahl der Sozialisten den Favoriten François Hollande. Bel ist das gelungen, was auch Hollande anstrebt: sich eines der Topstaatsämter zu sichern, ohne vorher Minister gewesen zu sein.

Der 59-jährige Bel ist ehemaliger Kommunist und Trotzkist. Seit 1983 ist er Mitglied der Sozialisten. Er war vielen Franzosen bis zu seiner

Wahl in das Spitzenamt unbekannt, obwohl er schon seit 1998 im Senat sitzt und die sozialistische Fraktion dort seit 2004 führt.

Bel gilt als bescheiden und offen, als Mann des Ausgleichs. Er hat versprochen, keine Blockadepolitik zu betreiben, und will den Senat transparenter machen. Sein Mentor war der frühere sozialistische Premierminister Lionel Jospin.

Bei der indirekten Wahl zum Senat hatten die Linksparteien am 25. September mit 177 von 348 Sitzen die absolute Mehrheit errungen. Der Erfolg wird vielfach als Anfang vom Ende der Präsidentschaft Sarkozys interpretiert. Auch das eigene Lager macht ihn für die Niederlage der UMP verantwortlich. Der Sozialist Hollande jubilierte angesichts des „Zerfalls des Systems Sarkozy: Der Wechsel ist im Gange“.

Die zweite Parlamentskammer kann Entscheidungen ändern oder verzögern, aber nicht verhindern. Das letzte Wort hat meist die Nationalversammlung. Allerdings muss der Senat Verfassungsänderungen zustimmen und könnte so die von Sarkozy geplante Festschreibung einer Schuldenbremse vereiteln.

# Rechnungshof rügt Lockerung des Vergaberechts

Ein geheimer Bericht kritisiert das Vorgehen der Bundesverwaltung bei öffentlichen Aufträgen. Die Länder verlängern die Regelungen.

Heike Anger  
Berlin

Das größte Konjunkturpaket in der Geschichte der Bundesrepublik hat zu erheblichen Fehlentwicklungen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge geführt. Zu diesem Ergebnis kommt ein nichtöffentlicher Bericht des Bundesrechnungshofs (BRH), der dem Handelsblatt vorliegt. Die Kritik der Finanzkontrolleure richtet sich gegen die Lockerung des Vergaberechts, die mit dem Konjunkturpaket II eingeführt wurde. „Die Vergaberechtslockerungen haben zu Einschränkungen des Wettbewerbs und der Transparenz geführt, die in keinem angemessenen Verhältnis zu ihren wenigen Vorteilen stehen“, heißt es in dem Bericht an den Rechnungsprüfungsausschuss des Deutschen Bundestags.

Um die Folgen der internationalen Finanzkrise für die Realwirtschaft abzumildern und die deut-

sche Wirtschaft anzukurbeln, hatte die Bundesregierung im Januar 2009 das Konjunkturpaket II in Höhe von 50 Milliarden Euro geschnürt. Die damit beschlossenen Investitionen sollten möglichst schnell und unbürokratisch umgesetzt werden. Darum wurde das Vergaberecht für öffentliche Aufträge gelockert. Den Beschaffern von Bund, Ländern und Kommunen war es damit gestattet, Bauaufträge sowie Liefer- und Dienstleistungsaufträge bis zu bestimmten Auftragswerten ohne nähere Begründung „freihändig“, also ganz ohne Ausschreibung, zu vergeben oder nur eine beschränkte Ausschreibung durchzuführen.

Der BRH bewertete nun in seinem Bericht die Auftragsvergabe bei Dienstleistungen und Lieferungen - nicht aber bei Bauleistungen - durch die Bundesverwaltung nach dem „Beschlussungserlass“. Fazit: Mehr als 80 Prozent der Aufträge wurden freihändig vergeben.

Dieses Verfahren sei bevorzugt gewählt worden. Zwar habe die Prüfung keine Anhaltspunkte für konkrete Korruptionsfälle oder erhöhte Beschaffungspreise ergeben, heißt es in dem Gutachten. Insgesamt hätten die Vergaberechtslockerungen nicht verlängert hat“, heißt es abschließend.

Dieses Fazit ist brisant. Denn während das Bundeswirtschaftsministerium die Regelung für den Bund Ende 2010 auslaufen ließ, begeistern sich die Bundesländer noch immer für die „flexible“ Handhabung. Nordrhein-Westfalen etwa traf bereits eine Anschlussregelung, die zunächst bis Ende dieses Jahres läuft, und hob in der vergangenen Woche zudem die Schwellenwerte an, ab denen eine Ausschreibung erst erforderlich wird. Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Bayerns Kommunen haben die Verfahrenserleichterungen ebenfalls verlängert, Hessen wird in den nächsten Wochen über fortlaufende Lockerungen entscheiden. Damit dürften künftig in den Ländern wesentlich mehr öffentliche Aufträge freihändig vergeben werden.

Der Vergaberechtslockerungen aber „nur wenige“ und zudem vorwiegend „gefühlte“ Vorteile gebracht. So sei die Zeitersparnis laut Vergabestellen gering gewesen. „Der Bundesrechnungshof hält es aufgrund seiner Prüfungserkenntnisse für sachgerecht, dass der Bund die Vergaberechtslockerungen nicht verlängert hat“, heißt es abschließend.

80 %

der Aufträge für Lieferungen und Dienstleistungen vergab der Bund ohne Ausschreibung.

Quelle: Bundesrechnungshof

Marco Junk bezweifelt, dass hinter den Beschlüssen der Länder noch das Bestreben steht, die Konjunktur zu stützen. „Die Anschlussregelungen offenbaren vielmehr, dass das geltende Vergaberecht weit entfernt ist von jeder Praxistauglichkeit“, sagt Junk. Ohne Beratung seien die meisten Ausschreibungen weder für Beschaffer noch für Bieter beherrschbar. Zudem förderten viele Länder und Kommunen im Sinne einer „Kirchturmpolitik“ lieber freihändig die regionale Wirtschaft, als sich zu überregionalen Vergaben zwingen zu lassen. „Für Wettbewerb und Transparenz ist das jedoch nicht förderlich“, warnt Experte Junk. Er plädiert dafür, das Vergaberecht drastisch zu vereinfachen und zu vereinheitlichen.

Neuen Zündstoff dürfte ein noch ausstehendes Gutachten des Bundeswirtschaftsministeriums zur Sache liefern. Doch das wird bislang noch unter Verschluss gehalten.



SKYTEAM

DANK CHINA AIRLINES ÖFFNET SKYTEAM NUN NOCH MEHR TÜREN NACH CHINA, TAIWAN UND HONGKONG.

Durch das neue Mitglied China Airlines hat sich unsere globale Airline-Allianz seit 28. September 2011 im chinesischen Raum um zahlreiche Destinationen erweitert und gleichzeitig unsere Position als führender Luftfahrtverbund in der Region ausgebaut. Mit China Airlines und dem neuen Drehkreuz in Taipei umfasst das Streckennetz von SkyTeam jetzt mehr als 920 Destinationen weltweit. Weitere Informationen finden Sie auf [www.skyteam.com](http://www.skyteam.com)

Caring more about you

